



Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis90

Straßburger Erklärung zum Klimaschutz

Der Kampf gegen den Klimawandel:
Chance für mehr Lebensqualität und die Sicherung
von Wettbewerbsfähigkeit



Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die **Grünen** Bündnis90

Straßburger Erklärung zum Klimaschutz

Der Kampf gegen den Klimawandel: Chance für mehr Lebensqualität und die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit

Der weltweite Konsens der Klimaforscher über den menschengemachten Klimawandel wird von niemand mehr ernsthaft bestritten. Es besteht kein Zweifel an der dringlichen Notwendigkeit, auf allen Ebenen und in allen Sektoren der Energiebereitstellung wie bei der Energienutzung schnell und effektiv zu handeln. Und die 2007 vom UN-Weltklimarat (IPCC) veröffentlichten Statusberichte haben die letzten Zweifel beseitigt: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gang!

Sollte es - so die IPCC-Wissenschaftler - nicht gelingen, den globalen Temperaturanstieg auf gerade noch als beherrschbar zu betrachtete 2°C zu begrenzen, hätte dies dramatische Folgen, beispielsweise in Form von Flut- und Dürrekatastrophen in weiten Teilen der Erde, mit Wassermangel, Ernteverlusten und Hunderten von Millionen von Klimaflüchtlingen.

Hinzu kommt, darauf hat beispielsweise der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern in einem Bericht für die britische Regierung hingewiesen, dass diese Entwicklung zu gravierenden ökonomischen Verwerfungen führen würde bis hin zu einem massiven Schrumpfen der Weltwirtschaft um bis zu 20 Prozent.

Die Hauptverantwortung für den Anstieg der Treibhausgase in den letzten Jahrzehnten liegt bei den Industrieländern. Es gehört deshalb zu den zentralen Aufgaben der Europäischen Union als einem der größten globalen Wirtschaftsräume, Strategien zur drastischen und

raschen Reduzierung der Treibhausgase – allen voran der energiebedingten Kohlendioxidemissionen – zu entwickeln und umzusetzen. Der Schlüssel hierfür ist die konsequente Nutzung der drei „E“: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Die atomaren Risiken werden auch angesichts des Klimawandels nicht kleiner. Zumal leisten sie keinen erkennbaren Beitrag zu mehr Klimaschutz. Die 440 weltweit am Netz befindlichen AKW decken gerade 2,5% des globalen Endenergieverbrauches ab. Mit einer Laufzeitverlängerung für längst abgeschriebene Reaktoren werden zwar die eh` schon vollen Kassen der Stromkonzerne weiter gefüllt, sie würde aber gleichzeitig dazu beitragen, veraltete Stromerzeugungsstrukturen auf der Basis von ineffizienter Großkraftwerke mit einem Wirkungsgrad von kaum über 30% auf Jahrzehnte hinaus zu zementieren und damit den dringend benötigten Aufbau eines modernen, effizienten und zu einem Großteil auf dem Einsatz erneuerbarer Energien aufbauenden Energiesystems zu verhindern.

In einer solchen Modernisierung liegen gerade für die europäischen Hochtechnologieeregionen, darunter auch Baden-Württemberg, enorme Chancen. Die globale Verantwortung der EU mit knapp 500 Mio. Einwohnern sollten wir mit den wirtschaftlichen Perspektiven und den Chancen auf Hunderttausende neuer Arbeitsplätze verknüpfen. Die EU kann damit zur Nummer eins auf dem Weltmarkt für Effizienztechnologien und Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien werden – beides in den kommenden Jahrzehnten Schlüsseltechnologien.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Ausgangslage stellen die Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament und die Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg bei einem Treffen am 10.7.2007 in Straßburg gemeinsam fest:

Die Europäische Union und das Land Baden-Württemberg müssen Klimapolitik als Chance für Wirtschaft, Arbeit, Innovation und eine moderne Gesellschaft begreifen. Es geht darum, sich vor dem Hintergrund der dramatischen Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt als Motoren für mehr Umwelt- und Klimaschutz zu begreifen und entsprechend zu handeln. Letztlich liegt in einer Strategie auch der entscheidende Schlüssel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU auf den globalen Märkten.

Hierauf aufbauend setzen sich die beiden Fraktionen für die Umsetzung des nachfolgenden Maßnahmenkatalogs ein:

Zehn Punkte für mehr Klimaschutz in der Europäischen Union

1. Szenario 2020: Ziel 30%

Die EU sollte beim Klimaschutz weiterhin die Vorreiterrolle einnehmen. Die Grünen fordern eine Verringerung des Ausstoßes von Klimagasen um mindestens 30% bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 unabhängig davon ob - wie auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im März 2007 beschlossenen - auch andere Industriestaaten bei der Verwirklichung dieses Ziels mitziehen.

2. Wärme sparen europaweit –Investitionsprogramm für den Gebäudebestand

40% der Energie in der EU werden zum Heizen der Gebäude verbraucht. Die Grünen fordern innerhalb von zwei Jahren Verbrauchsstandards für neue Gebäude und solche, die renoviert werden. Innovative Finanzierungskonzepte wie das der deutschen KfW sollten auf der EU-Ebene durch eine Kombination eines großen Kredits der Europäischen Investitionsbank und aus Geldern der EU-Struktur-Fonds angewendet werden.

3. Effizienz steigern: Wärmenetze und biomassebetriebene Kraftwärmekopplung ausbauen

Zur Förderung von Wärmenetzen und Kraft-Wärme-Kopplung ist die bestehende EU-KWK-Richtlinie zu überarbeiten und ist die vom Europäischen Parlament geforderte Richtlinie „Erneuerbare im Wärme- und Kältebereich“ endlich von der Kommission vorzulegen.

4. Stromsparen mit der „Eco-Innovation-Offensive“

Nicht nur ein EU-weites Verbot von Stand-by-Schaltungen muss kommen: Alle strom- und energieverbrauchenden Haushalts- und Bürogeräte sowie Millionen elektrischer Motoren in Europa sollen schnell sparsam und effizient werden. Diese Innovationsoffensive wäre durch die Bündelung einer Reihe anstehender Maßnahmen noch 2007 möglich: Die Einführung von Mindest-Verbrauchsstandards (bestehende EU-„Eco-design-Richtlinie“), die Vereinfachung und Anpassung der Kennzeichnung (A label) sowie die vorbildliche Beschaffung bei der öffentlichen Hand.

5. Stromproduktion in Europa: Erneuerbar weiter

Die auf dem EU-Gipfel im März 2007 beschlossenen 20% aus erneuerbaren Energien im Energiemix bis im Jahr 2020 bedeuten mindestens 35% Strom aus Erneuerbaren – eine Verdoppelung im Vergleich zu heute. Dazu muss die EU-Richtlinie „Strom aus Erneuerbaren“ weitergeführt sowie aus den erfolgreichen deutschen und spanischen Fördersystemen gelernt werden. Neben dem dezentralen Ausbau der Erneuerbaren sollten auch umweltverträglich gestaltete Großprojekte begleitet werden, so Biomasse-Großkraftwerke in Osteuropa, Offshore-Windkraft und Meereskraft an der Nordsee sowie die bereits weit fortgeschrittenen solarthermischen Großkraftwerke in Spanien.

6. Mehr als Erdgas – eine europäische Gas-Politik

Erdgas ist aufgrund seines niedrigen CO₂-Gehalts ein wichtiger Brückenkopf in eine nachhaltige Energiezukunft. Mit einer solidarisch pan-europäischen Gasstrategie können wir den Bedenken bezüglich der Versorgungssicherheit entgegen treten. Die Einspeisung von Biogas in die Gasnetze ist unverzüglich voranzutreiben.

7. Weg vom Öl – durch mehr Klimaschutz im Verkehr

Der Verkehr verbraucht 70% des Erdöls in der EU und ist für 30% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Nach dem Scheitern des freiwilligen Abkommens zwischen der Automobilindustrie und den EU-Institutionen ist eine gesetzliche Regelung notwendig: Die Grünen fordern 120g CO₂/km als Flottenwert bei Neuzulassungen für 2012 und 70g CO₂/km bis 2020. Die Grünen halten Pflanzenkraftstoffe nicht für den Königsweg, um die Ölabhängigkeit des Verkehrssektors zu minimieren: Denn die Umweltbelastung durch den Anbau, Einsatz von Gentechnik und Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion müssen auch bei ehrgeizigen Klimazielen vermieden werden. Der LKW- und Flugverkehr steigen stark an. Aber der Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern ist mangels Preiswahrheit nicht fair. Auf EU-Ebene muss die Maut für LKW (Eurovignette) überarbeitet und an das erfolgreiche Schweizer Modell der Lastwagenverkehrsabgabe (LSVA) angepasst werden. Die Einnahmen müssen vorwiegend in den Ausbau der Schienen-Infrastruktur investiert werden. Die EU muss eine Steuer auf Flugbenzin für alle Flüge erheben. Die angestrebte Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel muss dringend verwirklicht werden und darf nicht an nationalen Egoismen oder einer falsch verstandenen ‚Wirtschaftsfreundlichkeit‘ einzelner Akteure scheitern.

8. Nachhaltige Ernährung spart Treibhausgase

Über 15% der Treibhausgase werden durch Landwirtschaft oder unser Ernährungsverhalten verursacht – besonders durch immer längere Transportwege der Lebensmittel und durch die Produktion synthetischer Düngemittel und Pestizide. Die Grünen lehnen daher Exportsubventionen für Lebensmittel ab und fordern eine Öffentlichkeitskampagne der EU für den Biolandbau. Bei künftigen Neugestaltungen von EU-Programmen wie ELER, EFRE und ESF sind stärker als bislang konkrete Nachhaltigkeitskriterien und nachprüfbare Indikatoren verbindlich vorzugeben.

9. Klimaschutz für die Bürger Europas – eine Allianz mit den Städten und Regionen

Eine gute Verzahnung aller Verwaltungsebenen kann konsequenten Klimaschutz befördern. Die EU sollte aktiv mithelfen, die positiven Beispiele wie den aktuellen Energieplan für London, die Solarstadt Freiburg oder den Klimaplan für Oberösterreich auf andere Städte und Regionen zu übertragen. Dafür müssen die finanziellen Mittel des „Intelligent Energy for Europe“-Programms aufgestockt werden.

10. Ein Klimapakt für die EU – institutionelle Voraussetzungen für Klimaschutz verbessern

Bisher bestehen für die Mitgliedsstaaten zu wenig Anreize, das festgelegte Reduktionsziel zu erreichen. Das Monitoring-System für Treibhausgasemissionen sollte daher mit einem Strafmechanismus kombiniert werden (finanzielle Strafen oder reduzierte Emissionsrechte für die folgende Handelsperiode).

Wirtschaftskraft und technologische Chancen des Standorts nutzen – Baden-Württemberg beim Klimaschutz in eine europäische Spitzenposition bringen

Glaubt man den Reden von Ministerpräsident Oettinger und seiner Umweltministerin Tanja Gönner, sind wir beim Klimaschutz in Baden-Württemberg auf gutem Weg. Zahlen und Fakten beispielsweise des Statistischen Landesamts belegen, dass dies bislang reines Wunschdenken ist. Fakt ist beispielsweise, dass die CO₂-Emissionen im Jahr 2005 mit 78 Mio t/a in etwa gleich hoch waren wie im Jahr 1990. Die von der Landesregierung in dem von ihr verabschiedeten Umweltplan selbst angestrebte Reduzierung auf unter 70 Mio t/a wurde bei weitem verfehlt. Bereits jetzt ist absehbar, dass ohne erhebliche zusätzliche Maßnahmen auch das für 2010 ursprünglich anvisierte Reduktionsziel von 65 Mio t/a Wunschdenken bleibt.

Die Gründe für das Versagen der bislang von der Regierung Oettinger praktizierten Klimaschutzpolitik sind vielfältig. So wird der Ausbau der erneuerbaren Energien lediglich mit angezogener Handbremse betrieben, auf manchen Gebieten – siehe die Nutzung der Windenergie – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sogar verhindert. Die zugrundeliegenden Zahlen sprechen eine klare Sprache. Auf Bundesebene ist dies dank des unter Grüner Federführung aufgelegten „Erneuerbaren-Energien-Gesetzes“ (EEG) gelungen, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 4,3 % (1998) auf aktuell 13,5% zu steigern. Dank der überdurchschnittlichen Nutzung der Wasserkraft startete der Südweststaat 1998 mit einem Anteil von 6,7%, lag aber Ende 2006 bei lediglich knapp 10%.

Klimapolitisch wichtige Förderprogramme wie das sog. „Altbausanierungsprogramm“, für das im Jahr 2003 noch über 4 Mio € bereitstanden, wurden praktisch komplett heruntergefahren. Die Kraft-Wärme-Kopplung, die laut einem vom Wirtschaftsministerium selbst in Auftrag gegebenen Gutachten rund 20% des baden-württembergischen Strombedarfs abdecken könnte, ist in den letzten zehn Jahren ständig weiter zurückgegangen und stagniert derzeit auf niedrigem Niveau. Statt die Klimadebatte zu nutzen und Druck auf die Automobilhersteller an Deutschlands Standort Nummer 1 zu machen, endlich effiziente Motoren und Fahrzeuge auf den Markt zu bringen, stellte sich Ministerpräsident Oettinger im Frühjahr 2007 an die Seite der Mächtigen in der Automobilbranche: Als es darum ging, die von

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas erhobenen Forderungen nach Einführung eines Flottenverbrauchs-Grenzwerts von 120 Gramm CO₂ / km einzuführen, prangerte er die „Umweltkeule“ an, die der Autoindustrie drohe. Die Beispiele zeigen: das oft zitierte „Musterlände“ sitzt beim Klimaschutz bislang im Bremserhäuschen.

Zehn Punkte für mehr Klimaschutz in Baden-Württemberg

1. CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken

Ein klares Bekenntnis und einen gleichwertigen Beitrag Baden-Württembergs zum Reduktionsziel der Bundesregierung in Höhe von -40 Prozent CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 auf der Basis des Wertes von 1990. Im Augenblick erreicht Baden-Württemberg noch nicht einmal die selbst gesteckten Ziele einer Minderung um 12 Prozent von 1990 – 2010, sondern hat im Vergleich zu 1990 keinerlei Reduktion erzielt.

2. 30 Prozent regenerativen Anteil am Strom bis 2020

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Land muss wesentlich kraftvoller als bislang vorangebracht werden – Baden-Württemberg darf nicht weiter vom bundesweiten Aufwärtstrend abgekoppelt werden. Neben einer umweltverträglichen Biomassennutzung ist es zentral, dass die Blockade bei der Nutzung der Windkraft durch die Landesregierung und nachgeordnete Behörden endlich beendet wird.

3. 50 Mio Euro: Damit der Wirtschaftsaufschwung nicht zu Lasten des Klimas geht

Dank der boomenden Wirtschaft verzeichnet das Land in diesem wie im kommenden Jahr rund 1 Mrd € an Steuermehreinnahmen. Um zu verhindern, dass der Wirtschaftsaufschwung mit einem mehr an CO₂-Emissionen erkauft wird fordern wir einen Betrag von jährlich 50 Mio € zusätzlich für Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen.

4. Wärme sparen in Baden-Württemberg – Kosten sparen durch Investitionen

Die energetische Gebäudesanierung muss eine entscheidende Rolle spielen. Mit CO₂-Vermeidungskosten von rund 25 Euro/t ist sie zudem ein kostengünstiger Weg. Die jährlichen Heizkosten für landeseigene Gebäude in Höhe von derzeit rund 100 Mio. Euro ließen sich deutlich reduzieren. Ziel eines verstärkten Engagements muss es sein das CO₂-Aufkommen landeseigener Gebäude von 500.000 t/a (2000) auf unter 250.000 T/a im Jahr 2020 zu drücken. Das im Rahmen eines solchen Programms eingesparte Finanzvolumen ist zweckgebunden für weitere Klimaschutzmaßnahmen bei der Gebäudesanierung einzusetzen.

5. Effizienz bei der Energieerzeugung durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung massiv steigern

Die Steigerung der Energieeffizienz durch vermehrte Kraft-Wärme-Kopplung muss vom Land nicht nur durch innovative Modellprojekte, sondern auch in der breiten Anwendung gefördert werden, beispielweise im viel zu gering ausgestatteten Programm KlimaschutzPlus. Um die Wärmenachfrage außerhalb des industriellen Sektors sicher zu stellen muss das Land im Bündnis mit den Kommunen ganz besonders die Einrichtung von Nahwärmenetze fördern und voranbringen.

6. **Autoproduktion und Innovation**

Mit Daimler, Porsche und Audi haben drei große Autohersteller ihren Sitz oder große Werke in Baden-Württemberg. Der Ministerpräsident persönlich ist gefordert, Druck auf diese Firmen sowie Unternehmen der Zulieferung zu machen um sie davon zu überzeugen, dass ökonomische Chancen zukünftig in erster Linie im Bau innovativer, kraftstoffsparender, umweltverträglicheren Motoren und Automobile liegen. Die Forschungspolitik des Landes in diesem Bereich ist entsprechend neu auszurichten.

7. **Schieneinfrastruktur in der Fläche stärken anstelle für Stuttgart 21 mehrere Milliarden zu vergraben**

Das Land soll die Investitionsmittel im Schienenverkehr dafür einsetzen, die Schieneinfrastruktur in der Fläche auszubauen und dadurch die Attraktivität des Verkehrsträgers Bahn im Flächenland Baden-Württemberg zu erhalten und zu steigern. Auf kostenintensive Großprojekte wie „Stuttgart“ 21, die den Nutzern des Bahnsystems nur geringe Vorteile bringen, aber dringend benötigte Mittel für den landesweiten Ausbau des Nahverkehrs binden, ist zu verzichten. Die dem Land vom Bund nach dem Entflechtungsgesetz zugewiesenen Finanzmittel als Ersatz für die früheren GVFG-Finanzhilfen werden zu mindestens 70% für Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs verwendet;

8. **Schiene regionalverkehr statt Straßenbau**

Das Land soll im Winterfahrplan 2007/2008 die seit Juni 2007 gestrichenen Verbindungen im Schiene regionalverkehr finanzieren. Hierzu sind die vorgesehenen 30 Millionen Euro Mehrausgaben für den Straßenausbau umzuschichten – auch ein Beitrag gegen unnötigen Flächenverbrauch.

9. **Öko-Landbau ist Lebensqualität**

Der Öko-Landbau sowie andere Landnutzungsformen ohne Einsatz synthetischer Behandlungsmittel sind im Rahmen der EU-ELER-Verordnung und der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz bei Anbau, Vermarktung und Beratung deutlich stärker als bisher zu fördern: Allein die Produktion der jährlich in Baden-Württemberg eingesetzten synthetischen Pestizide und Düngemittel führt zu einer Belastung von ca. 6 Mio t CO₂.

10. **Grünes Modellprojekt Biosphäre Schwäbische Alb**

Das geplante Biosphäreengebiet Mittlere Schwäbische Alb soll zu einer weltweiten Vorbildregion für Bioenergie werden und sich mittelfristig nach dem Vorbild des Bioenergiedorfes Mauenheim zu 100 Prozent selbst mit regenerativer Energie zu versorgen. Solares Bauen, Biomasse aus Landschaftspflege, Trester und Restholz, Verwendung regionaler Baustoffe, Nahwärmenetze und Wärmenutzung aus Abwasserkanälen sowie Kraftwärmekopplung sind entsprechend auszubauen.